

Menschen eine ärztliche Versorgung unabhängig vom Einkommen garantiert, will man nicht mehr fördern.

Zudem werden auch Initiativen ergriffen, um den Mißstand der Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen. Dem Arbeitsmarktservice werden 3100 Millionen Schilling zu Gunsten der Pensionsversicherung gestrichen, und es wird ernsthaft darüber nachgedacht Langzeitarbeitslose zur Pflichtarbeit in irgendwelchen Bereichen zu verdonnern.

“Wer bezahlt die Budgetkonsolidierung?” fragte sich Stefan Schulmeister im Standart vom 13. März 2000 und schrieb unter anderem: “Besonders kraß ist die soziale Unausgewogenheit im Hinblick auf die “Superreichen”: Sie alle haben ihre Vermögen in Privatstiftungen eingebracht und müssen nur für jenen Teil der Erträge Steuern zahlen, der ausgeschüttet wird, und auch davon nur 25 Prozent KESt (die Hälfte des normalen Spitzensteuersatzes). Ein “kleiner Sparer” zahlt hingegen 25 Prozent KESt unabhängig davon, ob er den

Zinsertrag abhebt oder nicht. Hat etwa eine Stiftung einen Vermögenswert von einer Mrd. S (viele wie jene von Flick, Wlaschek, Esterhazy, Prinzhorn oder Dichand sind wesentlich reicher) und erzielt einen Jahresertrag von 100 Mio. S, von denen vier Mio. S ausgeschüttet werden, so beträgt die Steuerbelastung des Stifters, bezogen auf die Gesamterträge, ein Prozent. Da die Ausschüttungen nicht proportional mit der Höhe der Stiftungserträge steigen, ist das Steuersystem im gehobenen Vermögensbereich faktisch degressiv (ab ca. 20 Mio. S Vermögenswert lohnen sich Stiftungen): Je reicher jemand ist, desto geringer ist seine Steuerquote.”

Das Frauenministerium wurde abgeschafft. Frauen leisten ihren Dienst an der Gesellschaft indem sie Kinder kriegen. Das dritte Kind hat, unabhängig vom Einkommen, den „Mehrwertbonus“ von 750.- S pro Monat. Eigentlich sollte jeder Frau noch ein Blumensträußel überreicht werden und ein Dankschreiben oder doch ein Abzeichen ?

Diese Politik isoliert unser Land nach außen und spaltet unsere Gesellschaft.

Es wird ein Miteinander propagiert, ein Miteinander von “Patrioten”. Nebenbei glaubt die Regierung fest daran, daß die Sanktionen der EU von der Opposition geschürt werden, ja sogar von dieser inszeniert wurden, um dieser Regierung, die von Volkes Gnaden eingesetzt wurde, das Leben schwer zu machen.

Es ist eine Tatsache, daß es auch in anderen Ländern Europas radikale Parteien gibt.

Es gibt aber keine, im weiten Spektrum europäischer Parteien, die so unberechenbar ihre Positionen ändert, die Ängste schürt, Feindbilder stilisiert, und dann noch von den vierzehn “Feinden” verlangt, geliebt zu werden.

Natürlich weiß man, daß es eine Chance ist, die die EU der Regierung bietet:

Man stellt sich als unschuldiges Lamm hin, verteufelt die bösen 14 Staaten, die keine Ahnung haben, was Europa wirklich bedeutet.

*“Besonders kraß ist die soziale Unausgewogenheit im Hinblick auf die “Superreichen”*



Josef Innerhofer

Susanne Bruner

## Studiengebühren?

**Die Diskussion um die Einführung von Studiengebühren geht meines Erachtens nach in die falsche Richtung. In letzter Zeit forderte BM Gehrler des öfteren, daß es doch möglich sein müsse, unvoreingenommen über das Thema Studiengebühren zu diskutieren.**

Es haben sich auch verschiedenste “Bildungsexperten” zu Wort gemeldet und Studiengebühren schöneredet. Was aber die meisten vergessen haben, ist die Diskussion im entsprechenden Kontext zu führen. Man kann die Frage um die Einführung von Studiengebühren nicht losgelöst von den (bedeutenden) Fragen des Dienstrechtes und der leistungsorientierten Denkweise im Lehr- und Forschungsbetrieb führen.

Natürlich muß es auch von Seiten der Studierenden möglich sein, über die Frage der Einführung von Studiengebühren wertfrei zu diskutieren – alles andere wäre demokratiepolitisch schwer bedenklich – aber nur, wenn man gleichzeitig über verwandte Problematiken offen und ehrlich redet. Der wesentlichste “Brocken” liegt im bestehenden Beamtendienstrecht verborgen. Dieses muß nachhaltig und umfassend reformiert werden. Das derzeitige starre und zahnlose Dienstrecht ist nicht vereinbar mit den Anforderungen an ein modernes “Universitätsunternehmen”. Weiters muß die Evaluierung der Lehre und Forschung endlich Konsequenzen zeigen (können). Es kann nicht sein, daß nur des Evaluierens wegen evaluiert wird,

und keine konkreten Schlüsse und Aktionen abgeleitet werden (können).

Last but not least muß über die Lernfreiheit der Studierenden diskutiert werden. Diese sollte optimaler Weise verfassungsmäßig garantiert werden und mit erweiterten Rechten bei Prüfungen verbunden sein.

Erst wenn diese Fragen ausreichend diskutiert worden sind, kann man die Diskussion um Studiengebühren angehen.

Ich lade die verantwortlichen Damen und Herren ein, sich der Diskussion vor Ort zu stellen und einmal bei einer Universität vorbei zu kommen und mit den Betroffenen zu reden.

*Das derzeitige starre und zahnlose Dienstrecht ist nicht vereinbar mit den Anforderungen an ein modernes “Universitätsunternehmen”.*



Kommentar von Michael Hausenblas